

Tobias Schenk: Wegbereiter der Emanzipation? Studien zur Judenpolitik des „Aufgeklärten Absolutismus“ in Preußen (1763–1812) (= Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 39). Berlin: Duncker & Humblot 2010. 757 S., 98 €.

Mutmaßlich erkennt jeder wissenschaftliche Aufsatz zur Geschichte preußischer Juden im 18. Jahrhundert das kaum zu überschätzende Gewicht an, das Selma Sterns monumentales Werk „Der Preußische Staat und die Juden“ für dieses Forschungsfeld darstellt. Nicht nur aufgrund der beträchtlichen Quellenauswahl, sondern gleichermaßen wegen ihrer Auslegung von Fakten prägt Selma Stern die wissenschaftliche Landschaft bis heute stark. Vielleicht sogar zu stark, wenn man darauf Rücksicht nimmt, dass sich einige ihrer Thesen ohne gründliche und ausreichend kritische Überprüfung in der Geschichtsschreibung eingebettet haben. Zwar haben inzwischen einige regionale Einzelstudien darauf hingewiesen, dass nicht jede von Stern ausgesprochene Äußerung haltbar ist, doch ein Durchbruch im Denken über Staatspolitik und Gesetzesumsetzung in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus ist bis heute nicht erfolgt. Einen neuen Versuch einige dieser Thesen zu hinterfragen, unternimmt Tobias Schenk in der hier rezensierten Studie.

Das Buch ist die publizierte Version seiner am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommenen Dissertation. Sie enthält zwölf chronologisch-sachlich aufgestellte Kapitel sowie fünf angehängte Dokumente und drei Register: Personen-, Orts- und Sachregister.

Die Hauptfragen lassen sich in drei Gruppen unterteilen. Zunächst wird der Versuch unternommen, die jüdischen Sonderabgaben quantitativ zu erfassen und sie im Zusammenhang mit der Deklassierung der jüdischen Bevölkerung in Preußen vorzustellen. Zweitens wird nach der Umsetzung der Vorschriften gefragt, wobei sowohl das an der Emanzipation orientierte wie auch das diese Richtung ablehnende Handeln innerhalb der Verwaltung berücksichtigt werden. Drittens wird die Realität der Rechtssicherheit untersucht – für wen und für wie viele sie galt oder eben nicht galt.

Die Studie baut auf drei Sonderabgaben auf, die während der Herrschaft Friedrichs II. den Juden auferlegt wurden. Bei diesen Sonderabgaben handelt es sich erstens um die Erlaubnis eines Schutzjuden zur „Ansetzung“ (Etablierung) seines zweiten Kindes, die 1763/5 in Form eines Zwangsexportes von Manufakturwaren eingeführt wurde. 1768/9 wurde diese Abgabe um den Zwangsbetrieb der Strumpf- und Mützenmanufaktur in Templin ergänzt.

Drittens handelt es sich um den 1769 eingeführten Porzellanzwangsexport für die Erteilung verschiedener Konzessionen (z. B. zum Hausbesitz).

Durch das Untersuchen der Fortdauer und der Umsetzung dieser Abgaben veranschaulicht Schenk die Existenzunsicherheit der jüdischen Bevölkerung in Preußen im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. Der Mangel an der mehrfach in der Historiografie erwähnten Rechtssicherheit der Juden wird hauptsächlich durch das Nichteinhalten und/oder die Uminterpretation der Vorschriften seitens der Behörden verdeutlicht. Die Juden waren – ähnlich wie zuvor – auf die Gnade des Königs und den guten Willen der Verwaltung angewiesen (S. 36, 46, 60, 91, 114, 167, 249, 299f., 382f., 395, 444, 477, 635, 640f.). Die vom König 1779 geforderte Eintreibung der auf etwa 200.000 Reichstaler geschätzten Rückstände beim Porzellanexport nennt der Verfasser „den größten fiskalischen Abschöpfungsversuch in der Geschichte der preußischen Judenschaft“ (S. 444). In der Geschichtsschreibung wurde dahingegen diesem Ereignis paradoxerweise bislang keine große Bedeutung beigemessen (S. 445).

Neben der Rechtsunsicherheit gibt es in diesem Buch noch einen zweiten Faden, der sich durch die Untersuchung zieht: die heutige Einschätzung, dass Beamte im Gegensatz zum König der naturrechtlichen Ideologie gegenüber positiv eingestellt waren und mithin als Wegbereiter der Emanzipation galten. Diese mehrfach in der Geschichtsschreibung vorkommende These wird hier auf Basis etlicher Quellen in Frage gestellt (S. 41, 47, 243, 293, 299f., 409, 449, 535, 595–600, 636). Schenk bemerkt, dass die auf Naturrecht basierenden Argumente sich in der Verwaltung des Judenwesens „eher als singulär denn als typisch erweisen“ (S. 636).

Eine wichtige Eigenschaft dieser Studie ist der durch den Verfasser muster­gültig eingesetzte Doppelblick auf der Makro- und Mikroebene. Es werden nicht nur die Gesetzgebung oder die Diskussionen innerhalb der Verwaltung berücksichtigt, sondern ebenso die positiven – d.h. durch die Gesetze vorgesehenen – und negativen Auswirkungen in der Alltagspraxis. Sowohl im Gesamtbild als auch individuell gesehen scheinen die Belastungen durch die genannten Sonderabgaben etliche jüdische Familien in Preußen betroffen zu haben (S. 168, 374, 462, 474–477, 628). Deren Gesamtsumme in den Jahren von 1763 bis 1812 – mit der größten Konzentration zwischen 1779 und 1786 – schätzt der Verfasser auf mindestens 300.000 Reichstaler; dies entspricht den regulären jüdischen Abgaben in einem Zeitraum von etwa zwölf Jahren (S. 628).

Auf der Mikroebene muss man Tobias Schenk Recht geben, wenn er den oft vorkommenden Mangel „an der nötigen analytischen Tiefenschärfe“ in der Untersuchung der Verhältnisse zwischen den Lokalbehörden und der jüdischen Bevölkerung kritisiert. Dies ist im Wesentlichen der Tatsache geschuldet, dass die Äußerungen der Stadtbehörden oder Kaufmannschaften oft kontextlos „a priori als Ausdruck judenfeindlicher Gesinnungen“ interpretiert werden (S. 243f.). Andererseits bleibt die Frage offen, ob es ausreicht, diese – dem Verfasser folgend – lediglich als Protesthandlungen gegen den Wirtschaftswandel oder gegen das Staatsmonopol zu begreifen. Denn es sollte berücksichtigt werden (und dies ist eine Leerstelle in Schenks Behauptung), dass sich die städtischen Eliten und Kaufleute in mehreren deutschen Städten auch auf religiöse Argumente und antijüdische Vorurteile stützten oder sogar skrupellos Nutzen aus den antijüdischen Hetzereien der niedrigen Schichten gezogen haben.¹ Wie ergiebig die Einbeziehung dieser Frage sein kann, zeigt beispielsweise die Protestforschung zum 19. Jh. Hier werden die antijüdischen Ausschreitungen nicht nur im sozial-wirtschaftlichen (Wirtz, Stegling), sondern auch im ideologischen (Katz, Rohrbacher) Kontext berücksichtigt.

Für die Geschichtsschreibung ist die Studie von Tobias Schenk von großer Bedeutung. Sie weist auf Risiken hin, welche das allzu sorglose Interpretieren von Politik- und Wirtschaftsgeschichte im Kontext der Kultur- und Ideengeschichte mit sich bringen kann (S. 29–31). Sie stellt fest, dass in der gesamt-preußischen Perspektive von einem Fortschritt weder in der Rechts- noch in der Wirtschaftslage der Juden während der Regierungszeit Friedrichs II. die Rede sein kann. Selbst die bis jetzt als individuell emanzipiert geltenden generalprivilegierten Juden waren von den besonderen Belastungen nicht befreit (S. 337). Dass sich aber die Lage auf der Lokalebene in Einzelfällen tatsächlich verbessern konnte, schließt Tobias Schenk nicht aus und demzufolge plädiert er für weitere Terrainuntersuchungen. Sein Buch sollte in diesem Zusammenhang als guter Wegbereiter und als Motivation angesehen werden.

Michał Szulc, Berlin/Gdańsk

¹ Eleonore Sterling: Er ist wie du: Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland, 1815–1850. München 1956. S. 70, 162, 181; Selma Stern: Der preussische Staat und die Juden, T. 2, Abt. 1. Tübingen 1962. S. 27; Jacob Katz: Die Hep-Hep-Verfolgungen des Jahres 1819. Berlin 1994. S. 43, 69f.; Sophia Kemlein: Die Posener Juden, 1815–1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preußischer Herrschaft. Hamburg 1997. S. 260–262; Shulamit S. Magnus: Jewish Emancipation in a German City: Cologne, 1798–1871. Stanford, California 1997. S. 94.